

Kiel, 30.04.2004

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 18 und 28 – Ausbildungsplatzabgabe

Helmut Jacobs:

Ausbildungsumlage als „ultima ratio“

Im vergangenen Jahr haben in der Bundesrepublik 35.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden, nicht gerechnet 47.000 Bewerber in so genannten Warteschleifen. 2002 waren es 23.000, im Jahr davor 20.000. Und für dieses Jahr prognostiziert die Bundesagentur für Arbeit sogar ein Lehrstellendefizit von 60.000 bis 70.000. Von 2,1 Mio. Betrieben bilden nur noch 23 % aus.

Und Schleswig-Holstein steht noch relativ gut da. Aber auch unser Handwerk bietet von Jahr zu Jahr weniger Ausbildungsplätze an. Und so ist es wohlfeil, wenn die Opposition ständig neue Resolutionen mit der Überschrift „keine Ausbildungsplatzabgabe“ einbringt, aber keine Alternativen zur Milderung der Ausbildungsplatzmisere bietet - bis auf die Forderung „weniger Geld für Lehrlinge“!

Wir Sozialdemokraten haben stets eine umlagenfinanzierte Ausbildung als ultima ratio gesehen für den Fall, dass die zahlreichen Maßnahmen nicht greifen, die wir und andere in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben. Ich nenne nur:

- die Bevorzugung von Betrieben, die Ausbildungsplätze anbieten, bei der Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln durch das Land,
- die Erschwerung von Mehrfachzusagen durch Auszubildende,
- die Maßnahmen zur Absenkung der Abbrecherquoten,
- Programme für mehr Ausbildung und Qualifizierung, besonders das 100.000-Plätze-Programm der rot-grünen Bundesregierung für benachteiligte Jugendliche,

- die Finanzierung von Ausbildungsplatz-Akquisiteuren und Fördermittel für Ausbildungsverbände,
- die flexible Organisation des Berufsschulunterrichts,
- die Entwicklung neuer Berufe und Ausbildungsordnungen und Bescheinigungen für Teilqualifikationen,
- die jährlichen Ausbildungsbündnisse mit Klinkenputzaktionen.

Und trotzdem wurde es nicht besser, sondern immer mehr Jugendliche werden in berufsvorbereitenden Maßnahmen untergebracht. Also der Staat, der Steuerzahler, muss die Ausbildung finanzieren. An unseren Berufsschulen befinden sich inzwischen über 50 % der Schülerinnen und Schüler in Vollzeitklassen bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen. So muss sich doch keiner wundern, wenn der Ruf nach einer solidarischen Umlagefinanzierung immer lauter wurde – auch seitens der Unternehmen selbst. 58 % der ausbildenden Unternehmen haben sich für eine Umlage ausgesprochen – Recht haben sie!

Natürlich gibt es eine Alternative, nämlich die, die uns das CDU-regierte Hamburg gerade vorführt. Wir können als Staat nämlich vor der Ausbildungsunwilligkeit vieler Unternehmer kapitulieren und das duale System gleich abschaffen. Die führen jetzt nämlich eine zweijährige vollzeitschulische Berufsausbildung ein, die zum Gesellenbrief führt. Seltsames Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft: die Gewinne werden privatisiert, die Kosten vergesellschaftet!

Das Berufsausbildungs-Sicherungsgesetz sieht vor, dass im Herbst eine Abgabe erhoben wird, wenn das Lehrstellenangebot die Zahl der Bewerber nicht um mindestens 15 % übertrifft. Zahlen sollen Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten, in denen Auszubildende weniger als 7 % der Belegschaft ausmachen. Das würde für lediglich 18 % der Betriebe zutreffen. Wer mehr ausbildet, erhält das Geld. Wo Ausnahmen sinnvoll sind, werden sie im Gesetz definiert.

Der Minister sagt, dass man über die finanziellen Auswirkungen der Ausbildungsplatzumlage auf die Wirtschaft nur spekulieren könne. Ich behaupte, dass sie auf jeden Fall mehr für die jungen Menschen bringen wird als Appelle, die ungehört verhallen. Warten wir ab, was noch alles verändert wird. Die Landesregierung wird davon ihr Verhalten bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf abhängig machen.